

Peer Pasternack

## Erneuerung durch Anschluss?

Der ostdeutsche Fall 1990 ff.

„Erneuerung“ und „Anschluss“: Beide Begriffe sind zunächst keine analytische Kategorien, wenn es um den ostdeutschen Wissenschaftsumbau nach 1990 geht, und beide Begriffe provozieren. Gleichwohl soll die Titelformulierung aus dem Programm der Tagung, die hier dokumentiert wird, übernommen werden: Die begriffliche Doppelprovokation lässt sich produktiv machen.

„Anschluss“ trifft zwar nicht den staatsrechtlichen Charakter des in Rede stehenden Vorgangs; dieser ist korrekt mit der Formulierung des Einigungsvertrages zu bezeichnen: „Beitritt des in Art. 3 genannten Gebietes zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“.<sup>1</sup> Doch bringt der Begriff „Anschluss“ prägnant eine Wahrnehmung auf den Punkt, wie sie in großen Teilen der ostdeutschen Teilpopulation besteht: Sowohl bezogen auf den deutsch-deutschen Einigungsprozess insgesamt als auch im besonderen unter ostdeutschen Wissenschaftlern bezogen auf die Wissenschaftstransformation war der Vorgang als Kolonialisierungsprozess erlebt worden. Dass die deutsch-deutsche Vereinigung von den Ostdeutschen mehrheitlich gewollt und per Wahlentscheidung beschleunigt worden war, steigerte dieses Empfinden.

„Erneuerung“ hingegen war ein politischer Begriff, wie er sich alsbald in den DDR-Hochschulen und -Akademien selbst durchgesetzt hatte, um die anstehenden Notwendigkeiten zu benennen, und dann von der Politik übernommen worden war, bis hin zur Aufnahme in entsprechende Gesetze.<sup>2</sup> Erneuerung als Beschreibungskategorie der ostdeutschen Wissenschaftstransformation ist insofern eine ambivalente Formulierung: Sie wurde einerseits von den internen Akteuren der Hochschulen genutzt, um die Abkehr vom heteronom-zentralistischen DDR-Wissenschaftssteuerungsmodell zu kennzeichnen, also einen *Transformationsprozess*. Andererseits hatte es sich seitens der externen Akteure – Politiker und politische Administrationen sowie gastweise engagierte westdeutsche Wissenschaftler/innen – eingebürgert, mit „Erneuerung“ die Übertragung des bundesdeutschen Modells auf das Wis-

1 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), in: Bulletin Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 104, 6.9.1990, S. 877 – 1.120, hier S. 877.

2 Vgl. etwa Sächsisches Hochschulernerneuerungsgesetz (SHEG) vom 25.7.1991, in: Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 19/1991, S. 261 – 290.

senschaftssystem des ostdeutschen Siedlungsgebiets zu beschreiben, d. h. einen *Transferprozess*.

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau ist inzwischen ein Ereignis der Wissenschaftsgeschichte. Daher soll er auch nach einem in der Wissenschaftshistoriografie gängigen Muster näher betrachtet werden: Die folgende Darstellung unterscheidet zwischen struktureller, personeller und kognitiver Dimension, widmet sich also zunächst den wissenschaftlichen Strukturen (nachfolgend Punkt 1.), sodann dem wissenschaftlichen Personal (2.) und schließlich den wissenschaftlichen Inhalten (3.).

## 1. Strukturen

Die strukturell wesentlichsten Elemente der Neuordnung der ostdeutschen Hochschullandschaft waren zweierlei: Zum einen die Herstellung des freien Studienzugangs – eine durchaus befreiende Erfahrung nach 40 Jahren rigider Zulassungspolitik auf der Grundlage permanent unzutreffender Bedarfsprognosen und einer Auslese, die sich an politischen Kriterien wie (bis in die siebziger Jahre) sozialer Schichtzugehörigkeit orientierte. Das andere wesentliche Element bestand in der Neugründung zahlreicher Hochschulen in die Fläche und die Wiederbelebung vieler Fächer, die im Zuge planwirtschaftlicher Konzentrationsanstrengungen nur noch an einzelnen Standorten vertreten waren. Hierdurch gibt es nunmehr ein weitgehend flächendeckendes Angebot sämtlicher Fächer(gruppen). Das erleichtert nicht nur Studienentscheidungen, sondern bringt auch regionale Effekte. Nicht in die Reihe zentraler einigungsinduzierter Errungenschaften gehört übrigens die Wissenschaftsfreiheit, denn sie war bereits im letzten Jahr der DDR, vor dem Beitrittstag 3. Oktober 1990, wiederhergestellt worden.

Im Übrigen war die Strukturreform vorrangig eine Anpassung an die westdeutschen Gegebenheiten: Die westdeutsche Institutionenordnung wurde übernommen, sowohl hinsichtlich des Verhältnisses von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung als auch der Gliederung des Hochschulsystems in Universitäten und Fachhochschulen. Für die vergleichsweise großen DDR-Wissenschaftsakademien<sup>3</sup> setzte der Wissenschaftsrat ein groß angelegtes Evaluierungsprogramm ins Werk. Die Ergebnisse dessen wie des nachfolgenden politischen Handelns lassen sich kurz so zusammenfassen:

a) Im naturwissenschaftlichen Sektor ergab sich eine Reihe von Weiter-

<sup>3</sup> Akademie der Wissenschaften, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Bauakademie, Forschungsabteilungen der Akademie der Künste (vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Bd. 2–8, Köln 1992). Nicht einbezogen wurde durch den Wissenschaftsrat die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.

führungsempfehlungen für komplette Institute, die dann auch weitgehend umgesetzt wurde.

b) Im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich waren die Empfehlungen zwar differenzierter, als gemeinhin angenommen wird,<sup>4</sup> doch folgten daraus kaum institutionelle Fortführungen.<sup>5</sup>

c) Ein kleiner Teil der hier betroffenen Wissenschaftler/innen wurde in sog. Forschungsschwerpunkte übernommen, die zunächst die Max-Planck-Gesellschaft administrierte, und die dann zu sechs Geisteswissenschaftlichen Zentren (in Berlin, Potsdam und Leipzig) wurden, von denen heute für fünf eine zumindest mittelfristige Zukunft gesichert ist.

d) Zwar positiv evaluierte, aber dennoch übrig gebliebene Forscher/innen wurden in das sog. Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) übernommen.<sup>6</sup>

Im Hochschulbereich fand sich die Personalstruktur von West nach Ost transferiert. Das bedeutete insbesondere die deutliche Reduzierung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Professur und die alleinige Fixierung akademischer Karrieren auf die Professur. Damit wurde ein gravierender Strukturfehler importiert, da die Anzahl der Professuren an deutschen Hochschulen derart gering ist, dass ein biografisch spätes Scheitern zahlreicher akademischer Karriereambitionen schon aus Mengengründen programmiert ist. Auch die Personalausstattung der Hochschulen wurde tendenziell an das westdeutsche Ausstattungsniveau angepasst; alles andere wäre angesichts der milliardenschweren Geldtransfers von West nach Ost politisch nicht vermittelbar gewesen. Eine flächige Versorgung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten wurde gezielt herbeigeführt und ca. 40 % des Akademie-Personals in diese Institute integriert (Unterversorgung herrscht dagegen bis heute bei Helmholtz-Zentren und Ressortforschungseinrichtungen des Bundes). Die sächlichen Ausstattungsverbesserungen sind beträchtlich und mit dem, was die DDR ihren Wissenschaftlern zu bieten vermochte, schlicht unvergleichbar. Eher randständige Abweichungen vom westdeutschen Muster waren von der

4 Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Bd. 9 und 10, Köln 1992.

5 Es gibt – neben den oben sogleich erwähnten Geisteswissenschaftlichen Zentren – vereinzelte Ausnahmen, die z. T. auch jenseits der Wissenschaftsratsempfehlungen zustande kamen. Dabei fanden in der Regel keine direkten Umgründungen statt, so dass sich die institutionellen Anschlüsse nur über mehrere Stufen rekonstruieren lassen. Die Mehrstufigkeit der institutionellen Anschlusslösungen führte auch dazu, dass meist nur sehr geringe Bestände des ursprünglichen Personals eine Weiterbeschäftigung in den neuen Einrichtungen fanden. Beispiele sind: das frühere Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie und das heutige Leibniz-Institut für Regional- und Strukturentwicklung Erkner (IRS), das frühere Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und das heutige Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), der Bereich Bildungsgeschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und die heutige Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin (BBF).

6 Dazu siehe unten Punkt 2. Personal.

Art, dass an den Hochschulen ein anderes studentisches Vertretungsmodell zugelassen wurde: Die ostdeutschen StudentInnenräte waren im Herbst 1989 entstanden, doch ihre spätere gesetzliche Verankerung folgte weniger dem Willen, eine authentische Struktur zu erhalten, sondern der Erfahrung, dass sie politisch einfacher zu handhaben sind als die westdeutschen Allgemeinen Studentenausschüsse mit ihrer quasi-parlamentarischen Verfasstheit.<sup>7</sup>

Nicht durch, sondern gegen die politischen Steuerungsintentionen bildete sich dagegen eine völlig neue, unmittelbar transformationsbedingte Struktur. Sie entstand daraus, dass sich mit den personellen Umgruppierungen auch eine Entinstitutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen vollzog. Zahlreiche davon Betroffene ließen dies nicht passiv geschehen, sondern entwickelten aktiv Ausweichstrategien. Hier kamen soziale und kognitive Motivationen zusammen. Zum einen wurden die meisten aus einem aktiven Berufsleben gerissen und waren auf einen eher passiven Lebensabend (noch) nicht eingestellt. Daneben sehen sie sich auch inhaltlich marginalisiert: Der wissenschaftliche Mainstream, z. B. zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, entspricht weithin nicht den von ihnen vertretenen Positionen. Sie schritten daher zu Vereinsgründungen: als institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung.

Die Summe solcher Aktivitäten führte zum Entstehen einer sog. Zweiten Wissenschaftskultur. Diese wirkt(e) sowohl als soziales Bindemittel, wie sie auch den Raum für wissenschaftliche Tätigkeit bot und z. T. noch bietet. Die derart entstandenen zahlreichen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.<sup>8</sup> In den Vereinen wurde und wird ein reges und anhaltendes Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Es entstand faktisch eine wissenschaftliche Parallelwelt: eine post-sozialistische Wissenschaftssubkultur. Deren Integrationsmodus funktioniert über Gemeinsamkeiten der thematischen Interessen, die Ablehnung einer Delegitimierung der DDR (was als Delegitimierung der eigenen Lebensleistungen wahrgenommen wird), die Bezugnahme auf Forschungsergebnisse

7 Zu Details vgl. Peer Pasternack: Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989, in: ders./Thomas Neie (Hg.), stud. ost 1989 – 1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig 2000, S. 28 – 53.

8 Vgl. als erste diesbezügliche Übersicht: Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler/Netzwerk Wissenschaft (Hg.): Informationen über Vereine und Projekte, Berlin 1992. Eine Übersicht für den zeitgeschichtlichen Bereich enthält Ulrich Mählert (Hg.): Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Berlin 2002). Eine differenzierte und ausführliche Würdigung findet sich bei Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11/2002, S. 1016 – 1034. Zu Berlin, wo sich die Zweite Wissenschaftskultur konzentriert(e), vgl. Roland Bloch/Peer Pasternack: Die Ost-Berliner Wissenschaft in vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse, Wittenberg 2004.

der DDR-Wissenschaft (die ansonsten häufig als ‚nicht zitationsfähig‘ betrachtet werden) sowie Referenten- und Autorennetzwerke. Vom etablierten Wissenschaftsbetrieb werden die Veranstaltungen und Publikationen aus diesen Vereinzusammenhängen nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung stehen diese Vereine am Ende von Berufsbiografien, Forschungsrichtungen und -perspektiven.<sup>9</sup>

## 2. Personal

Die personellen Entwicklungen fielen für die Wissenschaftler/innen an Hochschulen einerseits und an außeruniversitären Instituten andererseits deutlich unterschiedlich aus. An den Hochschulen gab es zunächst die Abwicklung von Einrichtungen, die als (DDR-)systemnah oder anderweitig als sachlich überflüssig kategorisiert worden waren.<sup>10</sup> Diese administrative Auflösung (mit in der Regel anschließender Neugründung) stigmatisierte deren Personal so, dass sie bei anschließenden Wiederbewerbungen nur sehr ausnahmsweise eine realistische Chance auf Weiterbeschäftigung hatten. Für alle anderen, d. h. die nicht abgewickelten Hochschulwissenschaftler/innen gab es grundsätzlich die Möglichkeit, sich individualisierten Übernahme- oder Bewerbungsverfahren zu stellen – wenn auch sehr häufig mit asymmetrischer Chancenverteilung gegenüber den dann auch zugelassenen westdeutschen Bewerbern und Bewerberinnen.

Anders bei den Angehörigen der außeruniversitären Institute: Soweit dort Evaluationen stattfanden, zielten diese weniger auf die Prüfung individueller Fachkompetenzen, sondern vorrangig auf die Bewertung der institutionellen Programmatik und Potenzen sowie die Passfähigkeit zur gegebenen westdeutschen Forschungslandschaft. Infolgedessen gab es nach den Strukturentscheidungen zur Neuordnung der außeruniversitären Forschung noch

9 Ausnahmen sind sozialwissenschaftlich ausgerichtete Vereine mit typischerweise jüngeren Mitgliedern bzw. Mitarbeitern. Sie suchen aktiv empirische Sozialforschung zu betreiben und dafür Drittmittel zu akquirieren. Die Drittmittelinwerbung gelang und gelingt ihnen auch z. T. erfolgreich, da sie stärker als geisteswissenschaftlich arbeitende Zusammenschlüsse sozialtechnologisch verwertungsrelevantes Wissen zu produzieren vermögen. Vgl. Raj Kollmorgen: Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost* 5–6/1995, S. 9–23; Karin Lohr/Dagmar Simon/Vera Sparschuh/Stefan Wilsdorf: Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem „freien Markt“? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 2/1996, S. 100–121, sowie, aktuell, eine Reihe der Akteure des (ost-west-gemischten) „Netzwerk Ostdeutschlandforschung“ (<http://www.ostdeutschlandforschung.de>).

10 Gerd Köhler/Matthias N. Winter (Hg.): *Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil 1: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. Teil 2: Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentraleinrichtungen wie Sport, Sprachen usw.), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt a.M. 1991.*

ca. 1700 Akademie-Wissenschaftler und -wissenschaftlerinnen, die nicht untergebracht waren, obgleich aus fachlichen Gründen nichts gegen ihre Weiterverwendung sprach. Daher wurde das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) aufgelegt. Dessen Verlauf bündelte prototypisch die Rationalitätsdefizite, die den ostdeutschen Wissenschaftsumbau weithin kennzeichneten. Er lohnt daher eine exemplarische Betrachtung.

Das WIP begann mit einem Geburtsfehler. Dieser bestand in der fehlerhaften Prämisse, die ostdeutschen Hochschulen seien nahezu ohne Forschung und würden sich nichts sehnlicher wünschen als die Aufnahme richtiger ausgebildeter Forscher und Forscherinnen, um ihr Forschungsmanko beheben zu können. Das WIP sollte daher die Integration außeruniversitärer Forscher und Forscherinnen in die Hochschulen fördern. Sein Anfangsfehler führte zu einer fehlerbehafteten Zieldefinition und begründete ein dann geradezu lehrbuchgeeignetes Programmscheitern.

Unterstellt worden war, dass es in der DDR eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre an der Linie Hochschulen und Akademien gegeben habe: Die Hochschulen seien weitgehend nur Lehranstalten gewesen, während die eigentliche (Grundlagen-)Forschung an den Akademieinstituten stattgefunden habe. Diese Auffassung folgte zunächst einer im Zuge der III. Hochschulreform<sup>11</sup> von 1968 ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik. Das Ziel wurde nun als tatsächlich realisiert unterstellt. Förderlich war dafür, dass jetzt, nach dem Umbruch 1989, die Auffassung der institutionellen Trennung von Forschung und Lehre auch intensiv durch die Interessenvertreter der Akademie der Wissenschaften gepflegt wurde. Sie erhofften sich dadurch bessere Ausgangsbedingungen in den zu erwartenden Verteilungskämpfen. Die Hochschulen hingegen betonten unablässig ihre guten Lehrbedingungen einschließlich intensiverer Lehrmotivation ihres Personals. Was als Distinktionsmerkmal im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten formuliert war, stärkte offenbar die Überzeugungskraft der Akademievertreter: Die DDR-Universitäten seien eben keine richtigen Forschungseinrichtungen gewesen, sie sagten ja selbst, dass sie vor allem in der Lehre gut seien.

Der Wissenschaftsrat baute dann seine gesamte Empfehlungslinie auf der Annahme unerträglicher Forschungsdefizite der Hochschulen auf: Die Forschung müsse an die Hochschulen ‚zurückgeführt‘ werden.<sup>12</sup> Tatsächlich aber

11 die mit einer Akademiereform verbunden war

12 „in den Hochschulen (ist) das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen ... Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die [also nicht ein Teil der, P. P.] Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlegt“ (Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990, in: ders., Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S. 7–28, hier S. 24). Vgl. dagegen ein Gutachten zum ‚Bibliometrischen Profil der DDR‘ (lies: der DDR-Wissenschaft in ausgewählten Disziplinen), das im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Wissenschaftsrates erstellt worden war: Die Autoren ermittelten unter Ver-

beheimateten die Hochschulen z. T. beachtliche Forschungspotenziale und hatten im Übrigen keine Spielräume in der Personalstruktur. Sie waren gewiss nicht abgeneigt, *zusätzliche* Forschungskapazitäten in Gestalt entsprechenden Personals mit sächlicher Ausstattung zu bekommen. Doch waren sie, wie sich denken lässt, ungeneigt, dies zu Lasten der eigenen Beschäftigten zu erlangen. Also taten sie zweierlei: Sie statteten die um Anbindung nachsuchenden WIPianer mit Zeitverträgen für die Dauer der Förderung aus dem WIP aus. Im Übrigen setzten sie die politischen Amtsträger davon in Kenntnis, dass hier nach Ablauf der WIP-Finanzierung ein Problem bestehen werde. Eindrucksvoll ist indessen, dass so hartnäckig wie fortdauernd kolportiert wird, die ostdeutschen Hochschulen seien erst im Laufe ihres Umbaus wieder zu der ihnen zukommenden Rolle eigenständiger Forschungseinrichtungen gelangt.<sup>13</sup>

Bevor und während die WIP-Akademieforscher/innen in die Hochschulen zu gelangen suchten, vollzog sich an diesen ein mehrstufiger Ausleseprozess in Bezug auf das eigene Personal. Zahlreiche Instrumente, oft ad hoc entwickelt, gelangten hier zur Anwendung:<sup>14</sup> generelle Abberufung aller Hochschullehrer/innen des Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums (MLG); Neubesetzungen der Führungspositionen in den Hochschulen; Vertrauensabstimmungen über Rektoren, Dekane, Instituts- und Klinikleitungen; Personalabbau in Folge der „Abwicklung“ – Auflösung bei sofortiger Wiederrückbildung – vornehmlich gesellschaftswissenschaftlicher Sektionen/Institute; kommissarische Beauftragung ausgewählter Hochschullehrer/innen mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes neuen Rechts; sog. Integritätsüberprüfungen incl. Regelanfrage bei der Stasi-Unterlagen-Behörde; fachliche Evaluierung des (dann noch) vorhandenen Personals; daraus sich ergebende Entlassungen; Umberufungen einzelner zu Professoren neuen Rechts (auf sog. Eckprofessuren); Personalstrukturneudefinition einschließlich deutlicher

wendung der Datenbanken des Science Citation Index z. B., dass 54,7 % der Publikationen in den DDR-Natur- und medizinischen Wissenschaften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6 % aus den Akademieinstituten (Beispieljahr 1984) (Peter Weingart/Jörg Strate/Matthias Winterhager: Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld 1991, unveröff., S. 26).

13 Noch im Jahre 2002 wurde das Missverständnis erneut aktualisiert: „Die Bemerkung ..., dass die Forschung im Ergebnis der Transformation endlich wieder an die Universität heimgekehrt sei, veranlasste den Sächsischen Staatsminister Hans Joachim Meyer ... zu dem gereizten Einwand, man sollte endlich die Legende beerdigen, es habe an den Universitäten und Hochschulen der DDR keine Forschung gegeben, alle Forschung wäre an der Akademie der Wissenschaften konzentriert. Was wiederum ... Wilhelm Krull ... zu dem apodiktischen Bekenntnis trieb: ‚Ich sehe das anders‘“ (Jakob Wegelin: Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: Leibniz Intern Nr. 12, 30. 4. 2002, S. 13 – 15, hier S. 13 f.).

14 Ausführlicher vgl. Peer Pasternack: „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 – 1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999.

Verringerung der Stellenanzahl im Mittelbau; dabei auch Integration diverser anderer Hochschul(einrichtung)en, insbesondere Pädagogischer Hochschulen; hierauf Ausschreibung aller Stellen (Hochschullehrer wie Mittelbau) und darauf gründende Bewerbungen der bisherigen Stelleninhaber (in einigen Ländern auch Überleitung in die neuen Personalkategorien ohne vorherige Ausschreibung der Stellen); daraufhin (a) im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum großen Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, bzw. Entlassung „mangels Bedarf“, und (b) parallel Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdberefungen; schließlich Rehabilitierungen incl. symbolischer Statuserhöhungen wie Berufungen zum außerordentlichen Professor/zur außerordentlichen Professorin, was die individuellen Verbleibschancen verbesserte.

Von diesen Instrumenten waren es drei, welche die Umsetzung des Personalaustausches im Wissenschaftsbereich vorrangig vorantrieben: (a) die Abwicklungen, (b) die Personalkommissionen und (c) der Personalstellenabbau.

a) Die Abwicklungen hatten das Grundmuster für die Gesamtvorgänge an den Hochschulen abgegeben – und wurden alsbald auch zur allgemein üblichen Bezeichnung für alle nur denkbaren Schließungs-, Reduzierungs- oder Umprofilierungsvorgänge. Die politischen Instanzen sahen Ende vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen der ostdeutschen Hochschulen. Daher setzten dann dort um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an. Sie betrafen vorrangig Institute und Fächer, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw.

Abwicklung bedeutete Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das wesentliche Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Kollektivmerkmal entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Nowak.<sup>15</sup>

b) Mit den Personalkommissionen war das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärinstrument eines personellen Wan-

15 Kurt Nowak: Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: Beiträge zur Hochschulforschung 4/1991, S. 371–381, hier S. 373.

dels an den ostdeutschen Hochschulen entwickelt und installiert worden. Im Unterschied zu den Abwicklungen waren hiervon nun ausnahmslos alle Hochschulwissenschaftler/innen betroffen. Der Form nach vermittelte es nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden: Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse stellten die zuständigen Wissenschaftsminister die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest.

Damit schlugen Dichotomisierungen voll durch und prägten fortan die Prozesse. Diese machten sich in den begleitenden Debatten an der Konstruktion einander gegenüber stehender Kollektivakteure fest. Zuerst war die Trennlinie zwischen früheren SED-Mitgliedern und Nicht-SED-Mitgliedern dominierend. Dann wurden Naturwissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler als geborene Träger guter bzw. schlechter Eigenschaften definiert. Der erste größere Struktureingriff im Dezember 1990 trennte fortan Abgewickelte und Nichtabgewickelte. Mit den Überprüfungen durch die Personalkommissionen fand – wie in der Gesellschaft insgesamt – auch an den Hochschulen die Opfer/Täter-Dichotomie Eingang. Hier korrespondierte eine Selbstheroisierung derjenigen, die sich in der DDR politisch herauszuhalten versucht hatten, mit einer Dämonisierung derjenigen, die als per se verantwortlich betrachtet wurden. Für Schattierungen zwischen schwarz und weiß blieb für längere Zeit kein Platz in den dominierenden Wahrnehmungsmustern. Die Debatten waren binär codiert: „systemnah/systemfern“, „belastet/unbelastet“, „unzumutbar/zumutbar“. Erst ab 1992/1993 wurden die Debatten in den Hochschulen wieder differenzierter.

c) Der Personalstellenabbau betraf vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. Dort hatte die DDR 50 % ihres gesamten Wissenschaftspersonals konzentriert. Das war nunmehr durch die beiden Bundesländer in diesen Größenordnungen nicht zu finanzieren. An der Universität Leipzig, der TU Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin, um drei Beispiele zu nennen, hatten daraufhin jeweils zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen.<sup>16</sup> Vollständig erschließen sich die Ausmaße des

16 Peter Gutjahr-Löser: Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende, in: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anlässlich des „Dies academicus“ am 2. Dezember 1996, Leipzig 1997, S. 23–42, hier S. 33; Alfred Post: Planung und Realisierung der neuen TU Dresden 1991 bis 1994. Gemeinsame Aufbruchjahre mit dem Rektor Günther Landgraf, Supplement zu Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden (Hg.), Prof. Dr. Dr. Günther Landgraf – der TU Dresden verbunden, Dresden 2005; Thomas Raiser: Schicksalsjahre einer

Stellenabbau nur in einer Betrachtung des gesamten Wissenschaftssystems, also unter Einbeziehung der nichthochschulischen Forschungseinrichtungen. Die empirisch abgesicherten Erhebungen, denen sich diesbezüglich relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen aber in den Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 1990er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiografien gegeben hat. Darüber hinaus kann auf Grund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:<sup>17</sup>

- ca. 60 % an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass – wie erwähnt – die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotenzials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 60 % in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 % sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig),
- ca. 85 % in der Industrieforschung.<sup>18</sup>
- Differenzierend muss zugleich auf erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:
- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an

Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989 – 1994, Berlin/Baden-Baden 1998, S. 119.

17 Grundlagen dieser Zusammenschau sind: Werner Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1993; Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin 1993; Thomas Neie: Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993, in: hochschule ost 1/1996, S. 133 – 148; Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997; Dirk Lewin: Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997; Anke Burkhardt: Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg 1997; Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

18 Ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum „den Markt“ dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann „dem Markt“ nicht direkt zugerechnet werden.

den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.

- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält: Von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren waren – Stand 1997 – elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden.<sup>19</sup>
- Andererseits sind in den Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirk(t)en.<sup>20</sup>

Eine besonders problematische Implikation waren die Schwierigkeiten, die der Transformationsmodus den jüngeren und mittleren ostdeutschen Wissenschaftlergenerationen bei der Integration in den neu organisierten akademischen Betrieb bescherte. Deren Angehörige hatten noch in der DDR ihre ersten Schritte in der Wissenschaft absolviert und dann mit dem Umbruch ihre akademischen Lehrer und Netzwerke verloren. Aus beiden Generationen gelang es nur wenigen, sich gegen das in den ersten Jahren wirksame Stigma, in der DDR wissenschaftlich sozialisiert worden zu sein, in die neuen Strukturen zu integrieren. Es mangelte den jüngeren Wissenschaftlern sowohl an der Einbindung in die nun relevanten Netzwerke als auch an habitueller Passfähigkeit. Sie stießen daher an eine gläserne Decke.<sup>21</sup> Hier kam zum Zuge, was die Ethnologen Tribalismus nennen: „eine Verhaltenstendenz der Bevorzugung von Kontakten zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe“.<sup>22</sup>

Der weitgehende Verzicht auf die komplette ostdeutsche Nachwuchskohorte hatte eine wesentliche Voraussetzung: Die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands konnte vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Anzahl von Professuren zu besetzen, dass die vorhandenen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die

19 Jürgen Kaube: Soziologie, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, S. 255–301, hier S. 297.

20 Vgl. Peer Pasternack: *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung „Geisteswissenschaften in der ehem. DDR (Konstanz 1990)“*, Leipzig 1996.

21 wie sie aus den Forschungen zu Karriereverläufen von Frauen in der Wissenschaft bekannt ist

22 Sabine Helmers: *Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskulturforschung*, Berlin 1990, S. 13. Vgl. auch Peer Pasternack: *Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen*, in: *Deutschland Archiv* 3/1996, S. 371–380.

Wettbewerbsfähigkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrechterhalten. Aber es konnte dann immer noch auf Anwärter zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der westdeutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein.<sup>23</sup> Wer westelbisch habilitiert war, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften angesichts der Vielzahl zu besetzender Positionen kaum abgewiesen werden.<sup>24</sup>

Gleichwohl muss das – je nach Fächergruppe relative oder absolute – Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern, noch muss sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildete nun einmal nur 21 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl auch keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Allerdings wäre die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland nur dann völlig unproblematisch gewesen, wenn sich alsbald auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen ergeben hätte. Dies war nicht der Fall.

Insgesamt erwies sich die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) als signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorruehändler, vom Professor zum sog. Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.). Faktisch hatte nahezu jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler in Ostdeutschland seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren: „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“, fasste Dieter Simon, Wissenschaftsratsvorsitzender der Zieldefinitionsphase, zusammen, was sich hinter dem für diese Vorgänge vielfach gebrauchten Begriff „personelle Erneuerung“ verbarg.<sup>25</sup> Im Ganzen war das

23 „Nicht zuletzt aufgrund des großen Zeitdrucks“, so formulierte es zurückhaltend der seinerzeitige Generalsekretär des Wissenschaftsrates, „ist es nur teilweise gelungen, den internationalen Standards entsprechende Berufungsverfahren durchzuführen.“ (Wilhelm Krull: Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 205–225, hier S. 215) Vgl. auch die instruktive qualitative Untersuchung des ostdeutschen Berufungsgeschehens der 90er Jahre von Karin Zimmermann: *Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen*, Berlin 2000.

24 Zur Vermeidung von Missverständnissen: Es gab selbstredend auch Fächer, in denen sich dies anders verhielt.

25 Dieter Simon: *Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft*, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung*, Berlin 1998, S. 509–523, hier S. 509.

ursprünglich tätige Personal stark dezimiert, deutlich vermännlicht sowie verwestlicht worden. Für einige in der DDR benachteiligte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hatte der Personalaustausch auch zuvor undenkbar Chancen geboten. Gleichzeitig wurden aber auch früher benachteiligte Wissenschaftler von der allgemeinen Welle des Stellenabbaus erfasst.

Auf einer Tagung im Jahre 2002 bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus ihr seinerzeitiges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Im Ganzen viel die Rückschau positiv aus, doch schloss dies deutliche Selbstzweifel und kritische Anmerkungen ein:

„Von Schuld, die man auf sich geladen habe, war die Rede, von der Versündigung an einer ganzen Generation (Horst Kern), von Ungerechtigkeiten (Benno Parthier), ... von persönlicher Tragik (Manfred Erhardt), von einem schmerzlichen Prozeß (Jens Reich), von einer Katastrophe für die Betroffenen (Gerhard Maess ...), von Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen (wenngleich nur gelegentlichen, Erich Thiess ...), von ungerechtfertigten Härten an der Humboldt-Universität (... Richard Schröder)“.<sup>26</sup>

Am deutlichsten formulierte der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß:

„Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, das wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.“<sup>27</sup>

### 3. Inhalte

Nach Rudolf Stichweh verschwinden Hypothesen nicht vorrangig deshalb aus der wissenschaftlichen Debatte, weil sie widerlegt wurden. Vielmehr werden „sie in neuen kommunikativen Akten nicht mehr aufgenommen ..., weil man

26 Jakob Wegelin: Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: Leibniz Intern Nr. 12, 30.4.2002, S. 13 – 15, hier S. 14 f.

27 Jürgen Mittelstraß: Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.), 10 Jahre danach, Essen, S. 29 – 32, hier S. 32; vgl. auch ders. (Iv.): „Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ...“, in: Leibniz intern Nr. 12, 30.4.2002, S. 10 f.

sie zur Organisation von Anschlüssen nicht mehr braucht“.<sup>28</sup> Kurz und zugespitzt: Sie werden nicht mehr zitiert, und somit ist der Anschluss an die weitere Fachdiskussion unterbrochen. Da Wissenschaft nicht nur ein kognitives, sondern auch ein soziales System ist, benötigt die Präsenz bestimmter fachlicher Positionen wesentlich die Präsenz von sozialen Trägern – Personen, Gruppen, Institutionen, Zeitschriften, wissenschaftliche Schulen und akademische Schüler/innen. Die anhaltende Kenntnissnahme wissenschaftlicher Leistungen im akademischen Leben ist immer auch davon abhängig, dass diese durch inhaltliche Bezugnahmen, Zitationen und Kritik im Bewusstsein der jeweiligen Fachöffentlichkeit gehalten werden. Das ist bei der DDR- bzw. Post-DDR-Wissenschaft nur ausnahmsweise gegeben.

Die Tonlage gab 1990 die wesentlich konkurrenzpolitisch motivierte Einschätzung vor, die DDR-Wissenschaft sei eine „Wüste“<sup>29</sup> gewesen.<sup>30</sup> Gleichwohl kann festgehalten werden: In zahlreichen Bereichen waren beachtenswerte Forschungsergebnisse erzielt worden – beispielsweise zur Geschichte der Französischen Revolution, zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs, zur Linguistik und Grammatiktheorie oder zur Krebsforschung und Tierseuchenforschung; zu nennen wären ebenso die Ergebnisse der Editionsphilologie und einige bemerkenswerte Wörterbuchprojekte.<sup>31</sup> Dabei geht diese Bewertung davon aus, dass Beachtlichkeit nicht erst dann erreicht wird, wenn Paradigmen umgestoßen und wissenschaftliche Revolutionen ausgelöst werden: Wissenschaft ist überall und systemunabhängig nur ausnahmsweise Spitzenwissenschaft. Insoweit ist solide Wissenschaft auch nicht allein solche, welche die Zeiten überdauert. Der größte Teil der Forschungsergebnisse erledigt sich allerorten – nicht nur für die DDR-Wissenschaft – durch die jeweils

28 Rudolf Stichweh: Die Autopoiesis der Wissenschaft, in: ders., *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*, Frankfurt a.M. 1994, S. 52–83, hier S. 63.

29 Eine oft zitierte Formulierung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Zacher (vgl. *Wüste. Kritik an der DDR-Wissenschaft (AP)*, in: *F.A.Z.*, 21.6.1990, S. 31). Im weiteren Verlauf kam es zu einem gewissen Umschwung in den dominierenden Meinungsmustern: Nunmehr wurden auch „Oasen“ gesehen (Gustav Seibt: *Oasen in Sicht. Wissenschaft im Test: Die Akademie der DDR wurde evaluiert*, in: *F.A.Z.*, 16.7.1991, S. 23) – eine Metapher, die freilich den Betrachtungsrahmen „Wüste“ nicht aufgab, sondern lediglich präziserte, denn Oasen finden sich nur in Wüsten.

30 Zu den hier nicht weiter vertieften Einflüssen der Politik auf die Wissenschaft in der DDR vgl. Peer Pasternack: *Wissenschaft und Politik in der DDR. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik*, in: *Deutschland Archiv* 3/2008, S. 510–519.

31 Dies sind exemplarische Nennungen. Seit 1990 sind zahlreiche fachgeschichtliche Untersuchungen und Dokumentationen erschienen, die eine differenzierte Aufbereitung der Forschungsleistungen in Einzeldisziplinen und -forschungsfeldern leisten. Siehe hierzu Peer Pasternack: *Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005*, CD-ROM-Edition, unter Mitarbeit von Daniel Hechler, Wittenberg/Berlin 2006. Die Bibliografie wird halbjährlich fortgesetzt in der Zeitschrift „die hochschule“ bzw. online unter [http://www.peer-pasternack.de/texte/dhs\\_biblio\\_fortsetzung.pdf](http://www.peer-pasternack.de/texte/dhs_biblio_fortsetzung.pdf).

darauf aufbauenden nachfolgenden Arbeiten spätestens der nächsten Forschungsgeneration. Das liegt in der Logik der allgemeinen Szientifizierung.

Beide Tendenzen zusammen – das vielfache Fehlen sozialer Anschlüsse mit der Folge, dass kognitive Anschlüsse unterbrochen sind, und der allgemeine Wissenschaftsfortschritt – bewirken, dass die DDR-Wissenschaft großteils ins Archiv verfrachtet ist. Sie lagert in den Katakomben der Magazine und ist insoweit mehr ein (potenzieller) Gegenstand der Wissenschaftshistoriografie statt lebendiger Bestandteil der aktuellen Wissenschaftskultur.

Das war und ist nicht allein ein Umstand, der sich politisch oder moralisch entweder begrüßen oder bedauern lässt. Gerade im Bezug auf die besonders umstrittenen Sozial- und Geisteswissenschaften (in der DDR: Gesellschaftswissenschaften) hatte es auch sehr praktische Probleme erzeugt. Mit der unzulänglichen Integration ostdeutscher Sozial- und Geisteswissenschaft war auf Deutungskompetenz verzichtet worden, die genuin ostspezifisch ist: Deutungskompetenz in Bezug auf die Geschichte des sozialistischen Systems und der sozialistisch durchherrschten Gesellschaften, auf die aktuelle ostdeutsche Teilgesellschaft und in Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse.<sup>32</sup> Wenn etwa an der Fachhochschule Erfurt der Fachbereich Sozialwesen zu Beginn des laufenden Jahrzehnts zwar eindrucksvolle 23 Professuren hatte, diese aber ausschließlich von Personal mit westdeutscher Biografie besetzt waren, dann konnte zumindest eine Frage nahe liegen: Würden die dort ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen – nach Studienabschluss zu einem größeren Teil an sozialen Problempunkten in Thüringen eingesetzt – wirklich alle relevanten Facetten mit auf ihren Weg bekommen haben, um die spezifischen Ost-Problemlagen erfolgreich bearbeiten zu können?

Unterdessen gleiten auch die Transformationsprozesse in den Untersuchungszeitraum der Zeitgeschichte im Sinne einer „neuesten Zeitgeschichte“.<sup>33</sup> Jenseits der retrospektiven Betrachtung mittlerweile abgeschlossener Vorgänge können nun, zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des DDR-Sozialismus, aber auch die Wirkungen der neu organisierten Struktur und der neuen Personalkonfiguration überprüft werden. Anhand der Wirkungen lässt sich prüfen, ob der ostdeutsche Wissenschaftsumbau trotz aller Verwerfungen als eher erfolgreich oder nicht erfolgreich zu bewerten ist. Kriterien dafür sind nicht Gerechtigkeit oder Prozesseffizienz, sondern das Maß des wissenschaftlichen Erfolgs. Dafür stellt die Wissenschaftsforschung Methoden zur quantitativen und qualitativen Leistungsbewertung bereit, mit deren Hilfe sich ein objektiviertes Urteil gewinnen lässt.

32 Vgl. detaillierter Peer Pasternack: Wissenschaftsumbau. Der Austausch der Deutungseliten, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hg.), Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, S. 221 – 236.

33 Konrad H. Jarausch: Überlegungen zur Positionsbestimmung der deutschen Zeitgeschichte, in: Zeitenblicke 1/2005, S. 1, URL <http://www.zeitenblicke.de/2005/1/jarausch/index.html> (Zugriff 16. 3. 2008).

Eine Sekundärauswertung von jüngeren gesamtdeutschen und internationalen Leistungsvergleichen, in die insgesamt 66 verschiedene Indikatoren einbezogen waren,<sup>34</sup> hat generalisierend ergeben: Insgesamt ist die Leistung der ostdeutschen Forschung (ohne Berlin) in den mit hoher Reputation belegten Sektoren – Universitäten und außeruniversitäre Forschung – weit überwiegend durchschnittlich bzw. unterdurchschnittlich, während sie im Fachhochschulsektor, der mit den geringsten Forschungsressourcen ausgestattet ist, im sektorinternen Vergleich überdurchschnittlich ausfällt. Es sei dies anhand einiger ausgewählter Daten exemplarisch illustriert, wobei sich der Erwartungswert hinsichtlich der ostdeutschen Anteile an den gesamtdeutschen Forschungsleistungen bei etwa 16 % fixieren lässt:<sup>35</sup>

- Institutionell gibt es mit der TU Dresden eine von insgesamt 15 ostdeutschen Universitäten, die bei den verschiedenen Bewertungen überwiegend im oberen Leistungsdrittel der deutschen Universitäten vertreten ist. Sie gehört damit als einzige ostdeutsche Universität zu den auch gesamtdeutsch forschungsstarken.<sup>36</sup>
- Von den 54 ostdeutschen gemeinschaftsfinanzierten Forschungsinstituten finden sich sechs Institute (=11 %) – davon fünf aus Sachsen – im bundesweiten Vergleich auf Spitzenpositionen.
- Neun der 21 ostdeutschen Fachhochschulen (=43 %) finden sich unter den bundesweit forschungsstarken Fachhochschulen. Damit ist der ostdeutsche Fachhochschulsektor – in Relation zu seiner Größe – insgesamt forschungsaktiver als der westdeutsche FH-Sektor.
- Die Drittmiteinnahmen der öffentlich finanzierten ostdeutschen Forschung betragen 12 % aller in Deutschland eingeworbenen Drittmittel.
- Quantitativ besonders stark sind in Ostdeutschland die Ingenieurwissenschaften vertreten: 21 % aller Professuren dieser Fächergruppe finden sich

34 Peer Pasternack: Forschungslandkarte Ostdeutschland, unt. Mitarb. von Daniel Hechler, Wittenberg 2007.

35 Nachfolgende Prozentangaben sind ins Verhältnis zu den sozioökonomischen und wissenschaftsspezifischen Referenzdaten zu setzen: In den fünf östlichen Bundesländern (ohne Berlin) leben 16,3 % der deutschen Bevölkerung und werden 11,6 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts erzeugt. Der ostdeutsche Anteil am Bundesgesamt beträgt beim wissenschaftlich-künstlerischen Hochschulpersonals 15,6 %, bei der Universitätsprofessorenschaft 15,4 %, bei den Fachhochschulprofessuren 16,4 % und beim öffentlich finanzierten Wissenschaftspersonal (Hochschulen und außeruniversitäre Forschung) 16,4 %. Der Finanzierungsanteil der ostdeutschen Länder für hochschulische und außeruniversitäre Wissenschaft beträgt 15,9 % der von allen deutschen Bundesländern aufgewendeten Mittel.

36 Daneben verfügen nur die Humboldt-Universität zu Berlin, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die TU Chemnitz und die Bergakademie Freiberg über jeweils mehrere Forschungsbereiche, die sich im oberen Leistungsdrittel der deutschen Universitäten platzieren können. Die Universität Potsdam, die Universität Leipzig, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die TU Ilmenau sind zumindest in Einzelbereichen in einem gesamtdeutschen Vergleichshorizont forschungsstark. (Vgl. Pasternack: Forschungslandkarte Ostdeutschland, a.a.O., S. 118–122, 235 f.).

an ostdeutschen Hochschulen. Von den gesamtdeutsch eingeworbenen Drittmiteleinahmen der Ingenieurwissenschaften fließen 14 % nach Ostdeutschland.

- Der ostdeutsche Anteil an den gesamtdeutsch eingeworbenen Forschungsmitteln aus dem Forschungsrahmenprogramm der EU beträgt 6 %.
- Unter den Community-intern gewählten DFG-Fachgutachter/innen stammen 11 % aus ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen.
- Eine Auswertung der ostdeutschen Erfolge in den Vorentscheidungen und Endentscheidungen der beiden Runden der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern (2006 und 2007) ergibt: Der gewichtete Anteil ostdeutscher Anträge (ohne Berlin), die innerhalb der vier Auswahlstufen zum Zuge kamen, betrug 3,2 %.<sup>37</sup> Werden die finanzierungswirksamen Endentscheidungen der beiden Auswahlrunden betrachtet, so ergibt sich, dass die ostdeutschen Universitäten zu 2,3 % an der insgesamt verteilten Fördersumme partizipieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Sowohl die Forschungsreputation als auch die forschungsbezogenen Leistungsdaten der ostdeutschen Wissenschaft sind, mit wenigen lokalen und fachbezogenen Ausnahmen, seit den 1990er Jahren und anhaltend bis heute eher unterdurchschnittlich. International werden die ostdeutschen Universitäten nur ausnahmsweise wahrgenommen. Mithin stellt sich die ostdeutsche Wissenschaft nach ihrer radikalen Umgestaltung und zumindest einem Jahrzehnt in konsolidierten Strukturen als überwiegend leistungsgedämpft dar.

#### 4. Fazit

Hinsichtlich der strukturellen Dimension des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus kann festgehalten werden: Der dominante Trend war der einer Westanpassung, wobei begleitend auch vereinzelte Abweichungen vom normsetzenden Muster des westdeutschen Wissenschaftssystems vorkamen, grundsätzliche strukturelle Neuerungen aber peripher blieben. Im Blick auf die personelle Dimension lässt sich resümieren: Vollbracht wurde eine Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft, die jedoch nicht mit einer Sozialintegration einherging. Die inhaltliche Dimension kann in zwei Aussagen zusammengefasst werden: Die DDR-Wissenschaft befindet sich weitgehend im Archiv, während sich die aktuell in Ostdeutschland betriebene Wissenschaft überwiegend leistungsgedämpft darstellt und nur ausnahmsweise internationale Wahrnehmung erzeugt.

<sup>37</sup> Zu methodischen Details der Berechnung vgl. Peer Pasternack: Exzellenz – Qualität – Solidität. Realistische Selbstwahrnehmungen und die Chancen der ostdeutschen Hochschulen, in: Frau Gützkow/Gunter Quaißer (Hg.), Jahrbuch Hochschule gestalten, Bielefeld 2008, S. 63–79, hier S. 64.

Waren für die Vorgänge auf der Ebene politischer Betrachtung die beiden zentralen und gegensätzlichen Deutungsachsen „Erfolgsstory“<sup>38</sup> und „Wissenschaftskatastrophe“<sup>39</sup> meinungsstrukturierend geworden, so herrscht auf der Ebene analytischer Beurteilung die Begriffsfigur der ‚konservativen Modernisierung‘ vor. Renate Mayntz hatte bereits 1994 festgestellt, dass es zu einer konservativen Zieldefinition gekommen sei, deren Verfolgung zwar für Ostdeutschland „einen kurzfristig zu bewerkstellenden, radikalen Wandel“ bedeutete, dass für eine umfassende, d. h. darüber hinaus gehende Reformanstrengung dagegen „alle wesentlichen Voraussetzungen“ gefehlt hätten: Diese Anstrengung hätte

„einen entsprechenden Reformwillen und ein Reformkonzept vorausgesetzt; bei fehlendem Konsens unter den direkt und indirekt (über ihr Widerstandspotential) an einer solchen Reform Beteiligten hätte es eines durchsetzungsfähigen dominanten Akteurs bedurft, der die Reform planen und ihre Implementation sichern konnte. Die bloße Tatsache, daß das bundesdeutsche Hochschulwesen vor der Vereinigung als eminent reformbedürftig galt, genügte nicht, da unter den wichtigsten Entscheidungsbeteiligten kein Konsens über die zentralen Ursachen der Mängel, über die Reformziele und über die zu ergreifenden Maßnahmen bestand.“<sup>40</sup>

Diese vergleichsweise frühe Einschätzung hat sich insofern als belastbar erwiesen, als die nachfolgenden Entwicklungen keinen Anlass zur Korrektur gegeben haben.

38 Jürgen Rüttgers: Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind im Überall im Kommen. BMBW-Pressemitteilung, abgedruckt in: hochschule ost 1/1996, S. 182–186, hier S. 182.

39 Edelbert Richter/Joachim Wipperfürth: Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern, o. O. [Strasbourg] o. J. [1992].

40 Renate Mayntz: Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies. (Hg.), Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 283–312, hier S. 308 f.